

SPD – gut für Thüringen

Seit einem Jahr trägt die SPD Verantwortung für unser Land und hat einiges für die Menschen in unserer Heimat erreicht. Die dunklen Wolken der Althaus-Jahre sind verflogen. Wichtige Zukunftsprojekte sind auf dem Weg.

Die Entscheidung für die jetzige Koalition war im Herbst 2009 nicht unumstritten und von intensiven Debatten in der SPD begleitet. Die tagtägliche Regierungspraxis zeigt, dass auch die Zusammenarbeit mit einem Koalitionspartner nicht immer reibungslos verläuft. Aber Reibung erzeugt auch Energie und bisher ist es uns gut gelungen diese positiv zu nutzen. Die SPD hat mit ihrer praktischen Regierungsarbeit in Thüringen Vertrauen gewonnen, das höre ich in vielen Gesprächen.

Wir haben die Situation in den Kindergärten verbessert und die Ziele des Eltern-Volksbegehrens umgesetzt. Die Thüringer Bildungsreform steht und noch in diesem Jahr kommt das neue Schulgesetz mit der Thüringer Gemeinschaftsschule in den Landtag. Wir machen Thüringen zum grünen Motor Deutschlands, so wie es schon in unserem Wahlprogramm steht. Mit einem eigenen Arbeitsmarktprogramm haben wir Angebote für viele Menschen geschaffen, die bisher nur schwer Zugang zum Arbeitsmarkt hatten. Wir haben das Blindengeld, wie versprochen erhöht und machen uns gegen Kinderarmut stark. Durch mehr Richterstellen reagieren wir auf die Klageflut an Sozialgerichten.

Viele unserer Projekte werden auf den folgenden Seiten dargestellt und erläutert. Einige unserer Vorhaben sind schon abgeschlossen, andere auf dem Weg und weitere in der Vorbereitung. Doch alle haben eines gemein. Sie werden nur dann erfolgreich sein, wenn viele Menschen gemeinsam an einem Strang ziehen und unser Land nach vorn bringen. Ob das Kita-Gesetz, das Arbeitsmarktprogramm, die Gemeinschaftsschule oder das Landesprogramm für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz – gegen Rechtsextremismus – Ideen leben davon, dass für sie auf allen Ebenen in der Kommune, im Land und auf Bundesebene entschlossen gekämpft und das diese entschlossen umgesetzt werden.

Wir wollen weiter für eine sozial gerechte Politik in unserem Land kämpfen und Thüringen weiter voranbringen.

Ihr Christoph Matschie

BILDUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR

Bessere Bildung. Lebendige Kultur. Offener Dialog.

Thüringen soll das Bildungsland Nummer 1 werden. Wir sind in den ersten Monaten unserer Verantwortung gut vorangekommen und haben Thüringen auf diesem Weg weiter vorangebracht. Vielfältige und traditionsreiche Kultur als Markenzeichen unserer Heimat wollen wir noch intensiver ins Blickfeld rücken.

Unsere Bildungspolitik hat alle Bereiche des Lernens in den Blick genommen und für eine bessere Betreuung bei den Kindertageseinrichtungen gesorgt, mit der Thüringer Gemeinschaftsschule den Weg zu längerem gemeinsamen Lernen und individueller Förderung eingeschlagen und den Zugang zu unseren Hochschulen ohne Studiengebühren erleichtert.

In den kommenden Monaten und Jahren werden wir gemeinsam daran arbeiten, dass unsere Kindertageseinrichtungen noch besser werden, die Thüringer Gemeinschaftsschule zu einem Erfolg und unsere Hochschulen noch stärker zu einem Anziehungspunkt für Lernende und Lehrende aus aller Welt werden.

Thüringer Gemeinschaftsschule

Die Einführung der Thüringer Gemeinschaftsschule als gleichberechtigte Schulart wurde im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU vereinbart. Im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur wurde das neue Schulgesetz erarbeitet. Es soll Ende 2010 vom Thüringer Landtag beschlossen werden und wurde aktuell im Thüringer Kabinett beschlossen. Damit setzen wir einen weiteren wichtigen Schwerpunkt in der Bildungspolitik unseres Landes.

Bildung ist die entscheidende Zukunftsfrage für Thüringen. Wir wollen Thüringen zum Bildungsland Nummer 1 weiterentwickeln. Die ersten Gemeinschaftsschulen sind zum Schuljahr 2010/2011 im Rahmen einer Pilotphase an den Start gegangen. Weitere werden folgen. Die Thüringer Gemeinschaftsschule garantiert längeres gemeinsames Lernen bis Klasse 8. Die Aufhebung der frühen Trennung der Kinder nach der 4. Klasse beseitigt Nachteile von Schülern aus sozial schwächeren Familien. Und sie lässt Kindern und ihren Eltern mehr Zeit bei der Frage, sich für einen Schulabschluss zu entscheiden. Auf der Gemeinschaftsschule sind alle Abschlüsse bis hin zum Abitur möglich. Die Gemeinschaftsschule steht aber auch für eine neue Schulkultur: mehr individuelle Förderung jedes einzelnen Schülers.

Die wichtigsten Vorteile der Gemeinschaftsschule im Überblick:

- Längeres gemeinsames Lernen ermöglicht es Schülern und Eltern, die Entscheidung für den angestrebten Abschluss nicht vor Ende der Klassenstufe 8 treffen zu müssen. Das ermöglicht das Weiterlernen im vertrauten Sozialgefüge nach der Klassenstufe 4.
- Die Gemeinschaftsschule umfasst grundsätzlich die Klassenstufen 1 bis 12 und bietet alle Schulabschlüsse unter einem Dach an.
- Die Gemeinschaftsschule schreibt individuelle Förderung groß, sie setzt an den Bedingungen vor Ort an und bringt moderne pädagogische Konzepte in den Schulalltag. Sie setzt damit nicht nur einen Impuls für eine neue Schulstruktur, sondern auch eine neue Schulkultur.
- Eine Thüringer Gemeinschaftsschule kann vor dem Hintergrund geringerer Schülerzahlen auch als relativ kleine Schule bestehen und gleichzeitig eine breite Angebots- und damit auch Abschlussvielfalt sichern.

BILDUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR

Abschaffung Verwaltungsgebühr an Thüringer Hochschulen

Im Dezember 2009 haben wir das Zweite Gesetz zur Änderung des Thüringer Hochschulgebühren- und -entgeltgesetzes in den Thüringer Landtag eingebracht. Wichtigster Inhalt: Die Abschaffung der Verwaltungskostengebühr an Thüringer Hochschulen. Mit Beschluss des Thüringer Landtags ist die Gebühr von 50 Euro pro Semester für alle Studenten seit dem Sommersemester 2010 weggefallen. Die Einnahmen aus dieser Gebühr, an der die Hochschulen zu 50 Prozent beteiligt waren, erhalten diese vom Land erstattet. Der Studienstandort Thüringen ist mit dieser Maßnahme noch attraktiver geworden.

Verbesserung der frühkindlichen Bildung und Betreuung in den Kindertageseinrichtungen

Thüringen hat mit dem im Mai 2010 beschlossenen Kita-Gesetz einen bedeutenden Schritt zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung getan. Alle im Thüringer Landtag vertretenen Fraktionen haben dem Gesetz zugestimmt. Damit wurde das bisherige Kinderbetreuungsrecht novelliert und neue Qualitätsstandards für die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung in Thüringen festgelegt, die seit dem 1. August 2010 gelten.

Die wesentlichen Neuerungen:

- Voraussetzungsloser Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres bis zum Grundschulalter im Umfang von zehn Stunden täglich,
- Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und damit die Verbesserung der Förderung von behinderten und von Behinderung bedrohten Kindern,
- Verbesserung der personellen Ausstattung in den Kindertageseinrichtungen durch die Besetzung von 2.400 zusätzlichen Erzieherstellen

Mit dem neuen Gesetz setzt Thüringen deutschlandweit Maßstäbe in der frühkindlichen Bildung.

Thüringer Kulturforum

Mit dem 1. Thüringer Kulturforum, das im Mai 2010 stattfand, wurde die Arbeit am „Leitbild Kulturland Thüringen“ aufgenommen. Damit wird deutschlandweit Neuland betreten. Kein anderes Bundesland verfügt bisher über ein solches Leitbild. Es wird gemeinsam von kulturellen Fachverbänden, Kulturschaffenden, Künstlern und dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur in einem Dialogprozess erarbeitet und wird im Herbst 2010 vorliegen. Das Leitbild soll die besondere Rolle der Kultur in unserem Freistaat als Basis der künftigen Kulturpolitik zusammenfassen. Es dient gleichzeitig als Grundlage für das künftige Kulturkonzept und geht der Frage nach, welche Chancen aus der reichen Kulturlandschaft für Thüringen erwachsen. Die Kultur ist einer der wesentlichen Standortfaktoren Thüringens, den wir durch das Leitbild stärken.

Lutherdekade

Die ganze Welt schaut aus dem Anlass 500 Jahre Reformation, das 2017 begangen wird, schon jetzt nach Thüringen. Was mit dem Thesenanschlag Martin Luthers 1517 begann, hat die deutsche und europäische Geschichte nachhaltig geprägt und beeinflusst. Damit verbinden sich große Chancen für den Kulturtourismus in unserer Heimat. Thüringen ist ein Kernland der Reformation und

BILDUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR

verfügt über eine ganze Reihe authentischer Lutherstätten: das Augustinerkloster in Erfurt, der Lutherstein in Stotternheim, der Erfurter Dom, die Wartburg, das Lutherhaus in Schmalkalden. Die Vorbereitungen laufen im Freistaat seit 2006. Thüringens ist als ordentliches Mitglied des Kuratoriums "Reformationsjubiläum 2017" und des Lenkungsausschusses „Reformationsjubiläum 2017“ sowie in dessen Arbeitsgruppen in die länderübergreifenden Planungen zusammen mit Sachsen-Anhalt und Brandenburg umfassend eingebunden. Die Zeitspanne bis 2017 soll als eine thematische Hinführung auf das Großereignis genutzt werden. So steht das Jahr 2010 unter dem Thema „Reformation und Bildung“. Thüringen spielt während der gesamten Luther-Dekade eine aktive Rolle. Eisenach wird neben Wittenberg und Berlin zu den zentralen Ausstellungs-Standorten anlässlich des Reformationsjubiläums gehören. Mit der Berufung des Luther-Beauftragten der Thüringer Landesregierung Dr. Thomas A. Seidel wurde die Bedeutung des Ereignisses noch einmal unterstrichen.

Bauhaus-Museum Weimar

Der Stiftungsrat der Klassik Stiftung Weimar hat im September 2010 die Weichen für das neue Bauhaus-Museum gestellt. Mit dem abgeschlossenen Vertrag zwischen der Klassik Stiftung Weimar und der Stadt Weimar wurde die Grundlage für die Auslobung des Architektenwettbewerbs und damit die Voraussetzung für eine Verwirklichung des neuen Bauhaus-Museum am Weimarahallenpark geschaffen. Gleichzeitig wurde mit der Sammlung Ludewig aus Berlin eine herausragende Privatsammlung erworben, die künftig den Grundstock für den Sammlungsschwerpunkt »Entwicklung und Ausprägungen funktionalen Designs von der Klassik bis zur Moderne« des neuen Bauhaus-Museums Weimar bildet.

Unabhängig, human und transparent

Sozialdemokratische Justizpolitik ist geprägt von Unabhängigkeit, Humanität und Transparenz. Wir wollen bei der Bewältigung der Probleme der Menschen helfen.

Klageflut vor Sozialgerichten

Ein Beispiel dafür ist die Klageflut vor den Sozialgerichten zum SGB II. Mit der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II ist die Zahl der Klagen allerdings förmlich explodiert. Landesregierung und Parlament haben den Handlungsbedarf im Bereich der Sozialgerichtsbarkeit erkannt. Bereits im ersten Haushalt wurde auf unsere Initiative eine personelle Verstärkung von 20 Richtern und 11 Kanzleikräften beschlossen. Notwendig bleiben trotzdem gesetzliche Änderungen, um zu mehr Rechtsklarheit in der Grundsicherung und Sozialhilfe zu gelangen.

JVA-Neubau Ostthüringen

Ein zentrales Projekt unserer Arbeit ist in dieser Legislatur die Vorbereitung und der Baubeginn einer seit fast 20 Jahren dringend benötigten Justizvollzugsanstalt in Ostthüringen. Die Anstalt soll in den Jahren 2014 bis 2016 gebaut werden. Erst Ende August erhielten das thüringische und das sächsische Justizministerium von ihren Kabinetten offiziell den Auftrag, Verhandlungen über den Bau und den Betrieb einer gemeinsamen Justizvollzugsanstalt aufzunehmen. Der neuen Justizvollzugsanstalt kommt eine Schlüsselrolle bei der Weiterentwicklung eines an einer erfolgreichen Resozialisierung orientierten Justizvollzuges in Thüringen und Sachsen zu. Mit einer gemeinsamen Justizvollzugsanstalt können wir angesichts knapper Haushaltsmittel Kosten für Planung, Bau und Unterhalt sparen und unsere erfolgreiche mitteldeutsche Kooperation im Bereich der Justiz weiter verstetigen. Mit dem Neubau wollen wir endlich dem gesetzlichen Gebot der Einzelhaftunterbringung entsprechen.

Gesamtkonzept zur Suizidprophylaxe im Strafvollzug

Der Justizvollzug verfügt über eine Reihe von Einzelmaßnahmen zur Vorbeugung von Suiziden während der Haft. Mehrere Selbsttötungen zum Jahreswechsel haben uns jedoch veranlasst, diese Maßnahmen als wesentlichen Teil eines humanen Strafvollzuges in ein kohärentes Gesamtkonzept zu gießen und es mit aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen fortzuschreiben. Die hierfür eingesetzte Arbeitsgruppe hat unter der Leitung des Justiz-Staatssekretärs inzwischen die Eckpunkte des Konzepts vorgestellt.

Thüringer Strafvollzugsgesetz

Ein weiteres erhebliches justizpolitisches Projekt in dieser Legislatur bildet das erste Thüringer Strafvollzugsgesetz. Dessen Mustertext wird gerade in einer 12-Länderarbeitsgruppe unter Vorsitz von Thüringen erstellt. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass wir den Aspekt der Resozialisierung im Thüringer Justizvollzug stärker in den Vordergrund rücken werden, als es augenblicklich der Fall ist. Wenn es uns gelingt, beispielsweise den Übergang von der Haft in die Freiheit fließender zu gestalten, könnte das ein Baustein für eine noch wirksamere Vorbereitung auf ein straffreies und soziales Leben sein.

Thüringer Richtergesetz

Eine leistungsfähige Justiz braucht eine optimale Justizverwaltung. Die Novellierung des Thüringer Richtergesetzes stellt ebenfalls ein wichtiges Projekt unserer Justizpolitik in der laufenden

Legislaturperiode dar. Mit der Novellierung werden auch die Mitbestimmungsrechte der Richterschaft fortentwickelt.

Wirtschaftsprüfgruppe und Korruptionsregister

Laut Koalitionsvereinbarung soll für eine noch effektivere Ermittlungsarbeit im Bereich der Wirtschaftskriminalität bei der Staatsanwaltschaft Gera eine weitere Wirtschaftsprüfgruppe eingerichtet werden. Die beiden Thüringer Wirtschaftsprüfgruppen werden mit Hilfe von Fachleuten aus der Wirtschaft und dem IT-Bereich die sichergestellten Geschäftsunterlagen aufarbeiten und eine qualitative Auswertung gewährleisten. Aufgrund der Haushaltslage kann dieses Projekt voraussichtlich erst im Haushaltsjahr 2012 in Angriff genommen werden. Mit einer Erfahrungsabfrage der anderen Bundesländer hat die Prüfung, ob die Einführung eines Korruptionsregisters in Thüringen sinnvoll ist, bereits begonnen.

Vorratsdatenspeicherung und Datenschutz

Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Vorratsdatenspeicherung Anfang diesen Jahres für nichtig erklärt hat und infolge alle bis dahin anlasslos und massenhaft gespeicherten personenbezogenen Bewegungsdaten via Telefon, Internet, Telefax gelöscht werden mussten, mahnen wir Zurückhaltung gegenüber weiteren gesetzlichen Schnellschüssen an. Die angekündigte Überprüfung der EU-Richtlinie sollte abgewartet und auf deren Grundlage eine verfassungskonforme gesetzliche Regelung erarbeitet werden, die dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung und den Anforderungen der ermittelnden Behörden, wie Polizei und Staatsanwaltschaft gleichermaßen gerecht wird.

Datenschutz ist bekanntermaßen nicht nur ein Thema des Staates. Immer mehr Daten werden von Kunden oder Internetnutzern freiwillig datenhungrigen Unternehmen überlassen und bilden inzwischen eine Art Währung, mit der scheinbar grenzenlos gehandelt wird. Hier ist der Bundesgesetzgeber gefordert, verbesserte Auskunfts-, Widerspruchs- und Löschungsansprüche von Internetnutzern zum Schutz ihrer Daten zum Bestandteil eines ganzheitlichen Datenschutzrechts zu machen.

Ob gleiche Zugangsrechte, informationelle Selbstbestimmung, Kinder- und Jugendschutz oder das Urheberrecht – das Internet als Rechtsraum erfordert neue politische Antworten. Wir wollen die Freiheit der Information und Kommunikation schützen und gleichzeitig den Missbrauch des Internets verhindern. Netzpolitik als junger Politikbereich erfordert in besonderem Maße Augenhöhe und Partnerschaft zwischen Staat und Bürgern.

Sicherungsverwahrung

Ein gesellschaftlich wichtiges und brisantes Thema ist die Sicherungsverwahrung von gefährlichen Straftätern. Nach ersten Eckpunkten für eine grundlegende Reform der Sicherungsverwahrung fehlt allerdings noch immer der dringend notwendige Gesetzentwurf. Ende letzten Jahres hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschieden, dass die rückwirkende gesetzliche Verlängerung der Sicherungsverwahrung gegen die Menschenrechtskonvention verstößt. Indirekt stellte er damit auch die nachträgliche Sicherungsverwahrung und den Vollzug in Frage, der in der Bundesrepublik eher an der Straftat orientiert ist. Die in Rede stehende Reform sieht vor, die nachträgliche Sicherungsverwahrung abzuschaffen, die primäre mit dem Urteil angeordnete Form allerdings beizubehalten. Darüber hinaus würde diese Maßregel der Besserung und Sicherung künftig nur noch bei schweren Sexual- und Gewaltverbrechen angeordnet werden dürfen. Diese Eckpunkte werden von uns mitgetragen, weil damit der gebotene Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Straftätern in rechtsstaatlicher Weise gewährleistet werden kann.

SOZIALES, FAMILIE, GESUNDHEIT

Wir wollen ein Leben in sozialer Sicherheit

Trotz aller finanziellen Schwierigkeiten bleibt die Koalitionsvereinbarung der rote Faden einer von der SPD verantwortenden Sozialpolitik in Thüringen.

Bewährtes wird erhalten, Neues bedarfsgerecht entwickelt und Qualitätssicherung aufgebaut. Die SPD steht in der Landesregierung für den Erhalt und die Modernisierung unserer sozialen Infrastruktur.

Wir stehen als Garant der sozialen Sicherheit und unser Ziel bleibt Fairness und Gerechtigkeit für alle.

Ausbau und Sicherung der Jugendpauschale

Wir haben die Jugendpauschale in einem ersten Schritt um 1 Million Euro auf 11 Millionen Euro erhöht. Damit erhalten die Kommunen eine verlässliche Förderung für die Jugendarbeit, die Unterstützung der Jugendverbände und die kulturelle Jugendbildung. Außerdem werden der Kinder- und Jugendschutz und die Straffälligenhilfe unterstützt. Die Jugendpauschale ist unverzichtbar, um die vom Bundesverfassungsgericht verlangte „soziokultureller Teilhabe“ für Kinder und Jugendliche aus armen Familien zu gewährleisten. Wir beabsichtigen jetzt die gesetzliche Verankerung der Jugendpauschale.

Verbesserung des Kinderschutzes

Wir haben beim Kinderschutz nicht nur für eine solide Finanzierung gesorgt. Gemeinsam mit Kommunen und Schulen haben wir ihn auch weiterentwickelt. Schwerpunkte sind Prävention, Ausbau von Frühwarnsystemen und Stärkung der Netzwerkarbeit vor Ort. So werden beispielsweise über 1000 Thüringer Lehrer zu sogenannten spezifischen Fachkräften geschult. Wir bereiten jetzt eine Kampagne zum Thema Kinderschutz vor.

Kampf gegen Kinder- und Familienarmut

Insgesamt sind 32 Projekte der Thüringer Initiative zur Integration und Armutsbekämpfung – Nachhaltigkeit (TIZIAN) flächendeckend im Land tätig. Rund 1200 zuvor arbeitslose Eltern - insbesondere Alleinerziehende - und etwa 2000 Kinder werden dabei intensiv betreut und gefördert. Wir wollen in jedem Einzelfall die Integration in den Arbeitsmarkt, Teilhabe an der Gesellschaft und Beendigung der Hilfsbedürftigkeit erreichen.

Mit dem EU-Schulobstprogramm leisten wir in diesem Schuljahr einen wichtigen Beitrag zur gesunden Ernährung von Kindern der 1. bis 4. Klassen an Thüringer Grund- und Förderschulen. Für deren Versorgung mit frischem Obst und Gemüse stehen insgesamt 800.000 Euro bereit.

Während der Herbstferien fördern wir zusätzliche Ferienbildungs- und Freizeitangebote für benachteiligte Kinder. Insgesamt erleben so 875 Kinder aus sozial schwachen Familien interessante und erholsame Ferientage.

Wir bauen das Projekt "Berufspraxis erleben" für 1200 Förderschüler aus benachteiligten Familien aus. Über eine individuelle Förderung streben wir eine betriebliche Ausbildung an. Damit bekämpfen wir nicht nur Armut. Wir sorgen auch in Zukunft für ausreichend Fachkräfte und sichern so den Wirtschaftsstandort Thüringen.

SOZIALES, FAMILIE, GESUNDHEIT

Jugendberufshilfe gesichert – wichtiger Beitrag zum Abbau von Jugendarmut und zur Fachkräftesicherung

Die von uns geförderte und mit verantwortete Jugendberufshilfe ist in enger Kooperation mit dem Bildungs- und dem Wirtschaftsministerium tätig und in die Umsetzung des Landesarbeitsmarktprogramms einbezogen. Jährlich profitieren von dieser Leistung der Jugendhilfe circa 4000 junge Menschen.

Beteiligung und ehrenamtliches Engagement von Senioren stärken

Wir haben die Förderung der Landesseniorenvertretung ebenso gesichert, wie die Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement durch die Ehrenamtsstiftung. Gemeinsam mit der Landtagsfraktion werden die Mitbestimmungsrechte älterer Mitbürger gestärkt.

Das „Landesprogramm für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz – gegen Rechtsextremismus“ wird in diesem Jahr im Rahmen eines intensiven Dialogs aller Akteure verabschiedet

Alle vom Bund geförderten Projekte wie die mobile Beratung und die Opferberatung waren, sind und werden zukünftig gesichert. Im Rahmen des Landesprogramms stärken wir die Aktionen und Initiativen gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Wir sorgen dafür, dass sich an der Umsetzung des Landesprogramms Bürgerbündnisse beteiligen können.

Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderung

Blinde Menschen in Thüringen erhalten ab dem 1. Juli 2010 ein einkommens- und vermögensunabhängiges Blindengeld in Höhe von 270 Euro monatlich. Mit dieser Erhöhung um rund 23 Prozent haben wir die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Blindengelderhöhung umgesetzt.

Gebärdendolmetscher können in Zukunft auch für private Anlässe in Anspruch genommen werden.

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen setzen wir um.

Arbeitskreis Kindesmisshandlung/ Kindesmissbrauch in ehemaligen DDR-Kinderheimen und Jugendwerkhöfen

Der von uns angeregte Arbeitskreis hat seine Arbeit aufgenommen. Ziel ist die sachliche und von externen Experten begleitete Aufarbeitung von Kindesmisshandlung/ Kindesmissbrauch – eine bislang weitgehend tabuisierte Problematik. Wir wollen den Opfern die erforderliche Hilfe zur Verfügung stellen. Sie sollen gehört werden und so erfahren, dass ihre persönlichen Erfahrungen ernst genommen werden.

Ärztliche Versorgung in Thüringen

Wir unterstützen die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen (KVT), die für die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung zuständig ist, um einer Unterversorgung vorzubeugen. Den wichtigsten Beitrag dazu leistet die zwischen dem Freistaat Thüringen und der KVT gegründete „Stiftung zur Förderung der ambulanten ärztlichen Versorgung im Freistaat Thüringen“. Im Frühjahr 2010 konnten wir gemeinsam das erste Thüringen Stipendium vergeben. Damit werden Ärzte in der

SOZIALES, FAMILIE, GESUNDHEIT

Weiterbildung mit monatlich 250 Euro für die Dauer von maximal 60 Monaten gefördert, sofern diese sich für eine Niederlassung in Thüringen entscheiden.

Verbraucherschutz gestärkt

Trotz angespannter Haushaltslage haben wir den Verbraucherschutz in Thüringen gestärkt. Im laufenden Haushaltjahr unterstützt die Landesregierung die Verbraucheraufklärung- und Beratung im Freistaat mit über 1 Million Euro. Das Beratungsstellennetz der Verbraucherzentrale Thüringen e. V. konnte mit Hilfe zweier Kommunen und eines Landkreises um zwei Stützpunkte in Weimar und Gotha erweitert werden.

Seit März 2010 gibt es in Thüringen einheitliche Qualitätsstandards für die Arbeit in Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstellen. Alle Thüringer, die in finanziellen Schwierigkeiten stecken und kostenlose Beratung benötigen, werden nun in den 26 Beratungsstellen des Freistaats nach genau festgelegten Kriterien beraten.

Förderung des Sports und der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege

Wir haben – wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben - die Förderung des Landessportbundes (LSB) und der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege aus Lottomitteln des Landes garantiert. Mit einem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestauszahlungsbetrag verfügen LSB und LIGA über eine verlässliche Finanzierungsgrundlage

Neuer Stil - Offenheit und Transparenz, Zusammenarbeit mit Vereinen, Verbänden, Kommunen, Hochschulen und externen Experten

In einer Vielzahl von Gesprächen haben Heike Taubert und Hartmut Schubert mit Vertretern von Verbänden, Vereinen und Institutionen deren Anregungen, Sorgen und Wünsche erörtert. Berichte werden im intensiven Austausch mit den externen Experten aus Vereinen, Verbänden, Kommunen und Hochschulen gefertigt. Deren Anregungen fließen in das politische Alltagshandeln ein und führen zu Verbesserungen. Dieser partnerschaftliche Kommunikationsstil mit den Akteuren wird fortgesetzt. Dialog ist und bleibt kontinuierlicher Bestandteil unserer Sozialpolitik.

WIRTSCHAFT, ARBEITSMARKT UND TECHNOLOGIE

Sagen, was man tut - tun, was man sagt

Politik sollte den Anspruch haben, mehr in ihren Wertekanon einzubeziehen als nackte und am besten schwarze Zahlen. Diese Lehre ist aktueller denn je. Die Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt uns: Jeglicher Marktfundamentalismus muss beerdigt werden. Der wirtschaftliche Erfolg einer Nation darf nicht nur an traditionellen Indikatoren für materiellen Lebensstandard wie dem Bruttosozialprodukt gemessen werden. Es zählt, was am Ende für alle dabei rauskommt.

Wir wollen die Wirtschaft wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Dazu gehört ein kultureller Wandel, eine neue Balance von volkswirtschaftlichem und betriebswirtschaftlichem Denken.

Wir werden weiter daran arbeiten, Thüringen wirtschaftlich stärker, beschäftigungspolitisch erfolgreicher und technologie- und innovationspolitisch moderner zu machen. Dabei gilt der Grundsatz: „Sagen, was man tut, tun, was man sagt.“

Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitik kann nur gelingen, wenn die Akteure und Experten mit am Tisch sitzen. Daher haben wir gleich zu Beginn unserer Amtszeit den Wirtschafts- und Innovationsrat (WIR) und die „Konzertierte Aktion Thüringen 2010“ ins Leben gerufen. Mit der Expertise und der Praxiserfahrung von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Universitäten, privaten Forschungseinrichtungen und anderen Akteuren aus Thüringen beraten wir gemeinsam darüber, wie wir die Voraussetzungen für einen modernen Wirtschaftsstandort gestalten wollen.

So haben wir beispielsweise im Rahmen des WIRs ein Programm zu Fachkräfteentwicklung für den Freistaat beschlossen und im Rahmen der Konzertierten Aktion die Thüringer Arbeitgeber auf eine höhere Tarifbindung verpflichtet sowie Mindeststandards für die Leiharbeit definiert.

Wirtschaftsförderung

Ohne Investitionen keine Innovationen. Neue Produkte und effiziente Verfahren zur Produktion, Distribution und Dienstleistungserbringung verschaffen wichtige Qualitäts- und Preisvorteile auf den weltweiten Märkten. Mit anderen Worten: global agieren, lokal gründen. Dafür notwendig ist eine konjunkturorientierte Finanzpolitik, die die Möglichkeiten für eine antizyklische Wirtschafts- und Finanzpolitik nutzt.

In Thüringen machen wir eine Wirtschaftspolitik, die Leuchttürme wie Opel-Eisenach stabilisiert, und neue, innovative Unternehmen fördert. Wir haben uns für das Opel-Werk in Eisenach stark gemacht - und Erfolg gehabt. Ab 2013 wird der neue Opel-Kleinwagen (Junior) in Thüringen produziert. Gleichzeitig haben wir mit dem Thüringer GreenTech - Förderprogramm das Fundament für mehr Innovationen gelegt. GreenTech ist HighTech: Wir unterstützen Unternehmen darin, auf diesem Zukunftsmarkt Fuß zu fassen. Ein Schwerpunkt ist unser 1000-Dächerprogramm Photovoltaik: Kommunale und genossenschaftlich genutzte Immobilien erhalten günstige Rahmenbedingungen für die Nutzung Erneuerbarer Energien. Und unsere Solarunternehmen profitieren, wenn ihre Module auf den Dächern des Freistaats installiert werden.

Arbeitsmarktpolitik und Qualifikation

Ohne Arbeit ist alles nichts. In einer konjunkturellen Abschwungphase ist die Sicherung bestehender Arbeitsplätze das arbeitsmarktpolitische Gebot der Stunde. Durch die Kurzarbeiterregelung, die im Übrigen der Arbeitsminister der letzten Bundesregierung, Olaf Scholz,

WIRTSCHAFT, ARBEITSMARKT UND TECHNOLOGIE

eingeführt hat und über flexible Tarifverträge konnten viele Beschäftigte vor der Arbeitslosigkeit geschützt werden.

Was aber, wenn diese Regelungen auslaufen oder die Zumutbarkeitsgrenzen bei Flexibilisierungen überschritten sind? Arbeitsmarktpolitik darf nicht von Notoperationen geprägt sein. Arbeitsmarktpolitik muss frühzeitig, dauerhaft und passgenau stattfinden, um jedem die Möglichkeit zu schaffen, seinen Lebensunterhalt durch frei gewählte und dauerhafte Arbeit zu sichern“ – dies sieht unsere Verfassung vor. Unverzichtbar hierfür ist die aktive Arbeitsmarktpolitik.

Aus diesem Grund wollen wir mit dem Landesarbeitsmarktprogramm 2.000 Langzeitarbeitslosen eine dauerhafte Perspektive bieten und 1.500 älteren Erwerbslosen durch Qualifizierung einen Weg zurück in den Arbeitsmarkt eröffnen.

Gleichzeitig brauchen wir eine kluge Arbeitsmarktpolitik, um den Fachkräftebedarf zu decken. Wir brauchen Investitionen in Weiterbildung und eine differenzierte Ausbildung: So machen wir uns für das „nullte Ausbildungsjahr“ stark, damit Jugendliche eine besseren Einstieg finden und Abbrüche vermieden werden. Wir müssen alle Reserven mobilisieren, um künftig ausreichend Fachkräfte in Thüringen zu haben.

Gute Arbeit, faire Löhne und die Absicherung der Beschäftigten in Krisenzeiten – dies sind Stärken, mit denen ein Bundesland werben sollte.

Energiepolitik, Technologie- und Forschungsförderung

Energie ist der Motor unserer Wirtschaft und die Grundvoraussetzung für Wohlstand und Lebensqualität. Eine zukunftsfähige Energieversorgung ist jedoch ohne den massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien undenkbar. Die Landesregierung strebt für Thüringen einen Anteil von 35 Prozent erneuerbarer Energien an der Stromproduktion und -nutzung bis 2020 an. Weil eine dauerhaft sichere und bezahlbare Energieversorgung zu den wichtigsten Zukunftsthemen unserer Zeit gehört.

Der Freistaat Thüringen wird den Entwicklungen nicht hinterherlaufen, sondern als Antreiber agieren und von den enormen Potenzialen für Wachstum und Beschäftigung profitieren. Dies setzt eine bessere Koordination voraus: Energie-, Wirtschafts- und Umweltpolitik, Technologie- und Forschungsförderung müssen intelligent verknüpft werden.

Mit der Errichtung der Thüringer GreenTech - Agentur (ThEGA) und dem Kompetenzzentrum für Greenmobility an der TU Ilmenau sind wir auf dem Weg, Thüringen zum Standort für Zukunftstechnologien zu entwickeln.

Auf bestem Weg...

Die aktuellen Zahlen geben uns Recht. So weist Thüringen mit 3,1 Prozent Zuwachs am Bruttoinlandsprodukt (BIP) das höchste Wachstum aller neuen Länder auf. Nicht zuletzt ist die klare Entscheidung von Opel den Junior in Thüringen zu produzieren, ein überdeutliches Zeugnis, dass wir uns auf dem besten Weg befinden. Sozialdemokratisches Regierungshandeln ist erfolgreiches Regierungshandeln!

LANDTAGSFRAKTION

Eckpfeiler unserer Politik

An zahlreichen Politikprojekten der vergangenen Monate war unsere Landtagsfraktion maßgeblich beteiligt und viele Initiativen stammen aus ihren Reihen.

Ergänzend zu den vorgenannten Politikbereichen, werden nun noch einige wichtige Eckpunkte zusammenfassend aufgeführt.

Bildung, Wissenschaft und Kultur

- Novellierung des Kita-Gesetzes und damit Verbesserung der Betreuungssituation für unsere Kinder
- Schaffung eines breiten Einstellungskorridors für Nachwuchspädagogen und damit Zukunftssicherung für unser Bildungssystem (2010: +300 Stellen)
- Mittelaufstockung bei der Erwachsenenbildung und damit Stärkung des lebenslangen Lernens (2010: +1,3 Mio. EUR)
- Mittelaufstockung bei der Schuljugendarbeit (2010: +1,0 Mio. EUR)
- Novellierung des Schulgesetzes mit der gesetzlichen Festschreibung der Gemeinschaftsschule und damit längeres gemeinsames Lernen und individuellere Betreuung
- Novellierung des Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft u.a. durch geringfügige Anpassung der Landeszuschüsse
- Streichung des Verwaltungskostenbeitrags an Hochschulen und damit Senkung der Zugangshürden zum Studium
- Mittelaufstockung bei der Hochschulförderung (2010: +41,2 Mio. EUR), dem Hochschulbau (2010: +12,0 Mio. EUR) und beim studentischen Wohnen (2010: +2,0 Mio. EUR) und damit bessere Ausstattung unserer Hochschulen
- Mittelaufstockung beim Kulturerbe (2010: +25,0 Mio. EUR) und Beginn des Diskussionsprozesses zum „Leitbild Kulturland Thüringen“.
- Mit der erstmaligen Landesförderung für Barockes Universum Gotha (2010: 500.000 EUR) und der haushaltsrechtliche Weichenstellung für Gedenkstätte Andreasstraße Erfurt (2011/12: jeweils 4,5 Mio. EUR für Stiftungsvermögen) neue Initiativen zur Stärkung unseres Kulturlandes.

Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik

- Konzertierte Aktion mit Gewerkschaften und Arbeitgebern zur höheren Tarifbindung im Freistaat.
- Stärkung von Investitionen und konjunkturabhängige Finanzpolitik durch Ausnutzung der Förderungen von Bund und EU.
- Auf Initiative der SPD gibt es wieder ein Landesarbeitsmarktprogramm, mit dem 2000 Stellen auf dem zweiten Arbeitsmarkt geschaffen werden sollen.
- Zur Stärkung des Wirtschaftsaufbaus in Thüringen wird die Großflächeninitiative zur Erschließung von großflächigen Gewerbegebieten fortgeführt.

LANDTAGSFRAKTION

- In der Energiepolitik gibt es mit der Einführung der Green-Tech-Agentur, dem 1000-Dächer-Programm und dem Energie-Effizienzprogramm neue sozialdemokratische Schwerpunkte die Thüringen zum grünen Motor der Bundesrepublik entwickeln sollen.
- Stärkung des Automobilstandortes Thüringen durch zahlreiche Initiativen zur Standortsicherung von OPEL in Eisenach.

Soziales, Familie und Gesundheit

- Stärkung der Jugendarbeit im Freistaat mit Erhöhung der Landesjugendpauschale um 1 Mio. Euro auf 11 Mio. Euro und einer stabilen Finanzierung der Jugendberufshilfe
- Schulobstprogramm erfolgreich auf den Weg gebracht
- Verbesserter Kinderschutz als Bestandteil der Jugendpauschale und Unterstützung der Kommunen bei deren originärer Aufgabe sowie Erhöhung der Ausgaben für die Familienhilfe
- Solide finanzielle Ausstattung der Landesseniorenvertretung und Zuschüsse zur Förderung des Aufbaus von Pflegestützpunkten
- Unterstützung von frauenspezifischen Angeboten durch die Erhöhung der Zuweisungen für Frauenzentren, Frauenhäuser und Gewaltkonfliktberatungsstellen sowie erhöhte Zuweisungen an den Landesfrauenrat zur besseren Finanzierung der Personalausstattung
- Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderung durch Erhöhung des Landesblindengeldes um 50 Euro auf 270 Euro monatlich, die Einrichtung der Arbeitsgruppen zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und die bessere finanzielle Ausstattung für Maßnahmen der Behindertenhilfe (z.B. Gebärdendolmetscherdienste und Familien entlastende Dienste)
- Sicherung der Ärzteversorgung im Freistaat durch Gründung der „Stiftung zur Förderung der ambulanten ärztlichen Versorgung im Freistaat Thüringen“: Betrieb von Eigeneinrichtungen, die Schaffung eines Thüringer Stipendiums, die Unterstützung kommunaler Angebote zur Niederlassung in ländlichen Gemeinden und die Unterstützung der KVT bei der Erfüllung bzw. Gewährleistung ihres Sicherstellungsauftrages.
- Die Erarbeitung des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit ist weit fortgeschritten, für die Umsetzung der Ziele des Programms wurden ausreichend Finanzmittel in den Haushalt eingestellt (mehr als 1 Mio. Euro) und vor allem der kommunale Nahraum soll durch das Programm gestärkt und unterstützt werden.
- Durch Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes ist die finanzielle Unterstützung des Landessportbundes aus Lottomitteln gesichert.
- Stärkung des Verbraucherschutzes durch Erweiterung des Beratungsstellennetzes der Verbraucherzentrale Thüringen mit Hilfe zweier Kommunen und eines Landkreises um zwei Stützpunkte in Weimar und Gotha erweitert, stärkere Förderung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung im Haushalt 2010 und die Umsetzung des Landtagsbeschlusses „Thüringen aktiv gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen“
- Die Rechte gleichgeschlechtlicher Paare wurden gestärkt, Lebenspartnerschaften können in Zukunft auf dem Standesamt geschlossen werden.

LANDTAGSFRAKTION

Landwirtschaft, Umwelt, Naturschutz und Forsten

- Gentechnik-Anbau-Verbot: der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Thüringen wurde verhindert und so die Verbraucher vor ungeklärten gesundheitlichen Folgen und die Landwirte vor ökonomischen Risiken geschützt
- Werra-Gewässerschutz: Der Thüringer Landtag ist sich fraktionsübergreifend einig, dass alles dafür getan werden muss, damit die Werra bis zum Jahr 2020 ein naturnahes Gewässer wird. Ausdruck dessen sind:
 1. Die gemeinsame Erklärung/Meinungsbekundung der Mitglieder des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz vom 24.02.2010 auf Initiative der CDU/SPD Koalition
 2. Die fraktionsübergreifenden Beschlüsse des Landtags zu Drucksache 5/1052: Gewässerschutz an Werra-Weser und Kaliproduktion im Werra-Revier (entspricht inhaltl. der Gemeinsamen Erklärung) und zu Drucksache 5/1051 „Fortsetzung der Arbeit des Runden Tisches „Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“
- „Wald im Wandel“: Der Diskussionsprozess um das Projekt „Wald im Wandel“ ist erfolgreich abgeschlossen worden.
- Erhalt des Gemeinschaftsforstamtes und Schaffung eines Einstellungskorridors bei den Waldarbeitern durch die Umwandlung des Regiebetriebs in eine Anstalt öffentlichen Rechts

Innenpolitik

- Wiedereinführung der Stichwahl bei Kommunalwahlen
- Der Gesetzentwurf für die Regelung der Straßenausbaubeiträge befindet sich in der Ressortabstimmung und wird dem Landtag in den nächsten Wochen zugeleitet.
- Das Personalvertretungsgesetz befindet sich in der Ressortabstimmung, Personalvertretungen und Gewerkschaften sind eingebunden und die Gesetzesnovelle ist für 2012 angekündigt.
- Die Strukturreform für die Thüringer Polizei ist weit vorangeschritten und sieht u. a. noch eine Landespolizeidirektion vor. Ein Personalentwicklungskonzept wird parallel beraten.
- Die geltende Residenzpflicht für Asylbewerber soll im räumlichen Bezug erweitert werden.
- Die Bannmeile um den Thüringer Landtag wurde auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion aufgehoben.

Justiz- und Europapolitik

- Fertigstellung des Justizzentrums Gera und Umzug des Sozialgerichts Nordhausen. Modernisierung in Mühlhausen und Rudolstadt geplant.
- Beschleunigung sozialgerichtlicher Verfahren u.a. durch zusätzliche Richterstellen und mehr Kanzleipersonal.
- Neubau der JVA in Ostthüringen ist auf dem Weg.
- Konzept zur Suizidprophylaxe erstellt.
- Stärkung der Beteiligung des Landtags bei europapolitischen Fragen in der Beratung.